

»Das Wichtigste für Linke ist Einheit«

Ein ganzer Kontinent im Aufbruch: Warum die Völker Lateinamerikas anfangen, sich zusammenzuschließen. Ein Gespräch mit Aleida Guevara March

Interview: Ron Augustin



Venezuelas Präsident Hugo Chávez, die Kubanerin Aleida Guevara March und Ecuadors Staatschef Rafael Correa (v.l.n.r.) auf dem Weltsozialforum im brasilienischen Belém Ende Januar 2009
Foto: AP

Aleida Guevara March ist Tochter von Che Guevara und Aleida March. Sie ist Mutter von zwei Mädchen, Kinderärztin, Mitglied der KP Kubas, unaufhörlich unterwegs zwischen ihrer Arbeitsstelle am William-Soler-Kinderkrankenhaus in Havanna und den unzähligen Aufklärungs- und Erziehungsprojekten, in denen sie aktiv ist. Sie unterrichtet an der Escuela Latino-Americana de Medicina und an einer Grundschule. Sie hat ein Buch über die Entwicklungen in Venezuela geschrieben, und sie arbeitet eng mit dem Centro de Estudios Che Guevara zusammen, das von ihrer Mutter geleitet wird und das seit fast zehn Jahren zahlreiche Dokumente zu Che Guevara und Lateinamerika vorbereitet hat, die im australischen Verlag Ocean Press veröffentlicht worden sind.

Seit Jahren setzen Sie sich in Veröffentlichungen und Veranstaltungen dafür ein, uns »Che«, seiner Persönlichkeit und seinem politischen Denken näherzubringen. Zusammen mit Ihrer Familie und Freunden wehren Sie sich vor allem gegen die Vermarktung seines Bildes und eines religiös gefärbten Mythos. Denken Sie nicht, daß der Mythos auch Herausforderung sein kann, Fragen zu stellen?

Ich bin immer froh, wenn der Nimbus meines Vaters Menschen dazu bringt, mehr über ihn und seine Ideen zu erfahren. Aber die Vermarktung seines Bildes empfinde ich als Verachtung seiner Person und der Sache, für die er steht. Ich habe das Gesicht meines Vaters zum Beispiel auf einer Zigarrenschachtel wiedergefunden in Berlin im Zusammenhang einer rein geschäftlichen Werbekampagne. So etwas kann ich nicht akzeptieren. Aber jedesmal, wenn ich das Bild meines Vaters auf einem Banner sehe, also wenn junge Leute sein Konterfei in einer Demo benutzen, weil sie ahnen oder wissen oder wissen wollen, wer dieser Mann war, dann kann ich das nur als etwas Positives wahrnehmen.

Es wird oft gesagt, daß Sie sich vor allem in die Vergangenheit begeben, wenn Sie von Ihrem Vater reden. Es wird unterstellt, daß seine Prinzipien und Begriffe wie Internationalismus, Kommunismus, die sozialistische Wirklichkeit Kubas, daß sie alle zu etwas im letzten Jahrhundert Abgehaktem gehören. Gamal Nkrumah, der Sohn des ersten Präsidenten Ghanas, Kwame Nkrumah, sprach von »Idealen von vorgestern«. Was sagen Sie dazu?

Wir können Menschen niemals sagen, was sie tun sollen, aber wir denken daß wir die Wirklichkeit und Erfahrungen unseres Volks mit anderen teilen müssen, um daraus zu lernen. Ich sage, daß das kubanische Volk nur durch das sozialistische

System mit anderen Völkern zusammengekommen ist und Solidarität erfahren hat. Als wir noch eine Neokolonie der USA waren, hatte Kuba eine Kindersterblichkeit von 60 Promille. Heute ist die Kindersterblichkeit auf 4,8 Promille zurückgedrängt worden. Die Alphabetisierung umfaßte damals etwa 33 Prozent der Bevölkerung. Heute gibt es in Kuba praktisch keine Analphabeten. Ein Volk mit Bildung, ein Volk, das anderen Völker intellektuell beistehen kann. Als wir noch eine Neokolonie der USA waren, gehörten die besten Grundstücke den Unternehmen. Heute gehört der kubanische Boden nur dem kubanischen Volk. Er ist unverkäuflich. Damals konnte Kuba nichts machen ohne Zustimmung aus Washington. Heute ist das kubanische Volk praktisch das einzige auf der Welt, das imstande ist, Nein zu sagen zur US-Regierung, und an diesem Nein festzuhalten, bis zur letzten Konsequenz. Dies alles ist unserem sozialistischen System zu verdanken. Zu der politischen Realität Europas kann ich wenig sagen, weil ich hier nicht lebe. Aber für die Völker der »Dritten Welt« ist es eine Notwendigkeit. Ohne Sozialismus können wir keine für uns gerechte Welt schaffen.

Der Kapitalismus neigt dazu, die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in der Welt zu vereinheitlichen. Das gegenwärtige Kräfteverhältnis sorgt für einen enormen Druck auf Kuba. Wie kann Kuba überleben als eine sozialistische Insel in einem Ozean von Gleichgültigkeit, Konsum, Entfremdung und reaktionärer Politik?

Im Moment leben wir in einer ganz besonderen Situation in Lateinamerika. Der Kontinent hat wieder angefangen aufzuwachen. Es gibt soziale Bewegungen wie die in Brasilien, es gibt die sozialistische Revolution in Venezuela, es gibt die ALBA, die boliviarische Alternative, die unter anderem die Völker von Bolivien, Ecuador, Nicaragua und Venezuela vereint. Wir fangen an, uns zusammenzuschließen, und die Menschen fangen an, die Vorteile dieser Einheit zu begreifen. Es sieht so aus, daß diese Bewegungen sich halten. Wir wollen die Völker, die die ALBA bilden, auf die gleiche wirtschaftliche und soziale Ebene bringen, ohne Einmischung in die internen Angelegenheiten. Mit Respekt für die jeweils autochthonen Kulturen, aber gleichzeitig auch, indem jedes Volk von den anderen lernt.

Vor allem auf der wirtschaftlichen Ebene gibt es viele Möglichkeiten, sich gegenseitig zu unterstützen. Insofern ist Kuba im Moment nicht alleine. Die Bewegung ist sehr stark und birgt die Möglichkeit in sich, in den kommenden Jahren einen wichtigen Umschwung herzubringen. Man muß weiter daran arbeiten. Es stimmt, daß der Feind auch stark ist und die jeweilige Situation zu manipulieren sucht. Heute gibt es zum Beispiel sieben US-Militärstützpunkte in Kolumbien, die eine direkte militärische Bedrohung gegen Venezuela und Ecuador bedeuten. Das muß in die Analyse mit einbezogen werden. Wir erleben eine schwierige Situation, aber eine bessere als vor 15 bis 20 Jahren nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, als Kuba praktisch alleine in der Welt stand.

In Bezug auf die Zukunft Kubas und die eigenen Kräfte – wo sind die jungen Leute in der politischen Führung des Landes?

In Kuba gibt es noch immer eine Generation, die wir »die Historischen der Revolution« nennen. Diese Personen werden vom kubanischen Volk verehrt. Das Problem ist, daß es soviel Vertrauen in diese Persönlichkeiten gibt und daß alle wollen, daß sie in der Führung bleiben.

Es fehlt nicht an Nachwuchs. Es gibt etwa 15 Minister, die zwischen 45 und 50 Jahre alt sind. Es gibt den Minister für Weiterbildung, der ist 52 – sage mir niemand, daß das alt ist, denn ich bin bald auch 50. (Lacht.)

Wenn man mich fragen würde, wen ich jetzt wählen würde, würde ich auch weiterhin meine Stimme für Fidel und Raúl abgeben, solange sie da sind. Und wenn sie nicht mehr da sind, werde ich halt für jemanden wie diesen Minister stimmen. Er würde mir als Präsident meines Landes gefallen, weil ich absolutes Vertrauen in ihn habe. Er ist ideologisch gefestigt und hat eine lange Erfahrung in der Basisarbeit. Das Gleiche gilt für andere Genossen in der Parteiführung, die noch relativ jung sind. In den Wahlen kommt es jetzt darauf an, daß sich immer wieder genügend Menschen zur Verfügung stellen.

Angesichts einer schwachen und fragmentierten Linken sowohl in den Metropolen als auch in der »Dritten Welt« – kann Kuba noch als ein Vorbild gelten?

Das Vorbild, das Kuba darstellt, ist in einem Wort zu fassen: Einheit. Wenn wir als Volk nicht unsere Einheit bewahrt hätten, hätten wir nicht bis heute so gut standgehalten. Das wichtigste für die Linke ist Einheit, U-ni-dad. Das heißt nicht, daß Unterschiede unter den Tisch gekehrt oder grundsätzliche Prinzipien aufgegeben werden sollten. Wir müssen die Unterschiede als Voraussetzung akzeptieren und uns gemeinsame Ziele setzen. Ziele, für die wir zusammen kämpfen werden. Das ist vielleicht das Vorbild, das Kuba für die Welt sein könnte. Nur in der Einheit können wir gewinnen und Widerstand leisten.

In der britischen Zeitung The Guardian haben Sie vor einigen Jahren im Beitrag »Zeit zu handeln, nicht nur zu reden« den Europäern nahegelegt, endlich die »Realität der historischen Schuld, die sie unseren Völkern gegenüber haben«, anzuerkennen. Haben Sie den Eindruck, daß sich da real was tut?

Bewußtwerdung ist wichtig, aber es fehlt die entsprechende Information. Die europäischen Medien entsprechen im großen und ganzen den Interessen der USA. In einer Zeitung gab es ein total verdrehtes Zitat von Fidel. Alle Medien haben das übernommen, ohne sich darum zu kümmern, ob es falsch oder richtig war. Es gibt keine ernsthaften Recherchen. Ich habe mit vielen Journalisten über die »Los cinco«, die »Cuban 5« geredet, aber es kommt kaum etwas dabei heraus. Die US-Regierung spricht vom Kampf gegen den Terrorismus und hält fünf Männer im Gefängnis, die gegen den Terrorismus auf ihrem eigenen Gebiet kämpfen. Sie schickt ihre Jugend in den Irak und nach Afghanistan, mit welchem Ziel? Den Zugriff auf die Rohstoffe zu sichern, nicht um den Völkern zu helfen. Es ist zynisch, und ich kann den Menschen nur sagen, wacht auf, denkt nach.

Übersetzung aus dem Spanischen: Nina Augustin

PRÜFSTAND

Die Blockade

Am 26. Oktober stimmt die UN-Vollversammlung in New York zum 19. Mal über einen Antrag Kubas ab, die von den USA verhängte Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade gegen die Insel zu verurteilen. Im vergangenen Jahr hatten 187 Länder Kuba unterstützt, soviel wie nie zuvor, seit der Karibikstaat 1992 erstmals einen entsprechenden Antrag bei den Vereinten Nationen eingebracht hatte. Lediglich die USA, Israel und Palau stimmten dagegen, während alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Blockade verurteilten.

Im eigenen Haus ist die Haltung der EU weniger eindeutig. Beim Gipfel der EU-Außenminister am 25. Oktober in Luxemburg steht auch der 1996 verabschiedete »Gemeinsame Standpunkt« gegenüber Kuba auf dem Prüfstand. Havanna sieht in diesem Dokument das wichtigste Hindernis für eine Normalisierung der Beziehungen, da unter Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas eine Veränderung des Gesellschaftssystems, die Reform kubanischer Gesetze und eine Beendigung der »Schikanie und Bestrafung von Dissidenten« gefordert wird. Spanien hatte während seiner EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 eine Aufhebung des Papiers betrieben, war jedoch unter anderem am Widerstand der deutschen Regierung gescheitert. Das kritisierte die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen am 7. Oktober bei der Debatte um einen Antrag der Linksfraktion zur Normalisierung der europäisch-kubanischen Beziehungen: »Für Die Linke ist die aggressive politische Intervention, die im Gemeinsamen Standpunkt zum Ausdruck kommt, keine akzeptable Grundlage für eine Zusammenarbeit.«

Auch das »Netzwerk Cuba«, der bundesweite Zusammenschluß von Solidaritätsgruppen, fordert eine Aufhebung des »Gemeinsamen Standpunkts«. In einer am 9. Oktober in Erfurt verabschiedeten Erklärung spricht das Bündnis von einem »anmaßenden und herrischen Charakter« der EU-Position. Es sei an der Zeit, daß Europa den »Kalten Krieg gegen Kuba« aufgibt.

André Scheer